

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

129. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 30. September 2004

Tagesordnungspunkt 5:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003 und 1563 (2004) vom 17. September 2004 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen** (Drucksachen 15/3710, 15/3826, 15/3835)

11745 D

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Dr. Werner Hoyer, Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Mandat für Kabul und Kunduz/Faizabad trennen** (Drucksachen 15/3712, 15/3825)

11746 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 3:

Antrag der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Für ein konsequentes Engagement in Afghanistan** (Drucksache 15/3801)

11746 A

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit drei Jahren wird in schlechter Regelmäßigkeit das militärische Mandat der Bundeswehr für Afghanistan verlängert und erweitert. Anfangs war das noch ein brisanter Vorgang. Aber inzwischen scheint das für Rot-Grün und auch für die CDU/CSU kaum noch der Rede wert zu sein, im Gegensatz zur PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Wir haben den Kriegseinsatz am Hindukusch stets abgelehnt und wir werden auch dieses Mal Nein sagen.

Nun habe ich die Bundesregierung am 17. September dieses Jahres gefragt, wie viele **militärische Auseinandersetzungen**, Überfälle und Angriffe es in Afghanistan bisher im Jahr 2004 gegeben hat. Die erste Reaktion lautete, die vorgegebene Frist für die Beantwortung meiner Frage könne leider nicht eingehalten werden. Nachdem ich gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages weiter auf eine Antwort vor der heutigen Abstimmung gedrängt hatte, bekam ich dann doch noch eine. Ich zitiere:

Kräfte der Anti-Terror-Koalition sind nach hiesigem Kenntnisstand von Januar 2004 bis heute landesweit in ca. 460 Vorfälle – darunter kleinere Schießereien bis mehrstündige Gefechte – ... verwickelt worden.

460 Vorfälle in achteinhalb Monaten! Das sind im Durchschnitt fast zwei Überfälle oder Angriffe täglich. Allein diese Zahl verbietet es, den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr als Normalität abzuheken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Außerdem hat mir das Verteidigungsministerium in seiner Antwort bestätigt: Auf den „Afghanistan-Karten der Vereinten Nationen wird fast die Hälfte des Landes als Gebiete mit mittlerem und höherem Risiko ausgewiesen“, also als feindliche Umgebung. Der Kollege Nolting von der FDP meinte dieser Tage im Fernsehmagazin „Fakt“, er habe das Gefühl, die Risiken werden von der Bundesregierung heruntergespielt, um so leichter die Zustimmung des Parlaments zu erhalten. Ich befürchte, er hat Recht. Die PDS im Bundestag hat mehrfach eine ehrliche Bestandsaufnahme gefordert – bislang vergebens. Aber sie ist überfällig.

Schließlich will ich noch einmal daran erinnern, mit welcher Begründung das militärische Afghanistanabenteuer begonnen wurde. Nach dem 11. September 2001 sollte Bin Laden gefangen und sollten **Terrornetze** zerschlagen werden. Nach über drei Jahren gehört zu einer kritischen Bestandsaufnahme auch eine Antwort auf die Frage, was aus diesem Vorhaben, dem angeblichen Grund des Einsatzes der Soldaten, geworden ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Jetzt verwechseln Sie ISAF und Enduring Freedom!)

Nunmehr wollen Sie das Bundeswehrmandat für ein viertes Jahr beschließen. Nebenbei gesagt, das wird 310 Millionen Euro – das ist jedenfalls die offizielle Zahl – kosten. Die PDS im Bundestag hat schon zu Beginn des Afghanistaneinsatzes gewarnt: Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen; ein Krieg gegen den Terror lässt sich nicht gewinnen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Gert Weisskirchen von der SPD-Fraktion.